PB.I-01-368-2

Kapitel 6: International zusammenarbeiten

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Anna Lührmann (KV Main-Taunus)

Änderungsantrag zu PB.I-01

Von Zeile 367 bis 369:
und das Deutsche Institut für Menschenrechte wollen wir besser ausstatten, damit sie ihre Aufgaben planbar erfüllen können. ~~Menschenrechte und Demokratieförderung sind Grundpfeiler unserer entwicklungspolitischen Arbeit.~~

Demokratie global stärken und schützen

Weltweit stehen Demokratie und Menschenrechte unter dem Druck autokratischer und illiberaler Kräfte. In einer wachsenden Zahl von Ländern werden demokratische Freiheiten und Rechte immer mehr eingeschränkt. Mit einer Demokratieoffensive treten wir diesem Trend entschlossen entgegen. Wir wollen die globale Zusammenarbeit von liberalen Demokratien und Demokrat*innen stärken. Dabei geht es um Kooperation und Austausch auf Augenhöhe, die sowohl für unsere Innen- als auch Außenpolitik relevant ist. Denn die Bedrohung von Demokratie ist ein globales Phänomen, für das wir gemeinsam Lösungen finden müssen. Konkrete Themen und Projekte sind die Nutzung der Digitalisierung für demokratischen Fortschritt, Kontrolle von Desinformation und Hate Speech, innovative Formen politischer Partizipation und koordinierte Sanktionen gegen Menschenrechtsverletzungen. In eine solche Partnerschaft für Demokratie sollten die Länder, zivilgesellschaftlichen Gruppen und Parlamentarier*innen einbezogen werden, die sich zu ambitionierten demokratischen Standards bekennen. Zudem wollen wir die Entwicklungszusammenarbeit und Public Diplomacy zur Förderung und Stärkung von demokratischen Institutionen und Rechtsstaatlichkeit, Zivilgesellschaft und Menschenrechten ausbauen und ressortübergreifend besser koordinieren.

Begründung

Wir Grüne bekennen uns klar zu einer wertebasierten Außenpolitik. In der Präambel zu Kapitel 6 stellen wir “Menschenrechte, Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit” in den Mittelpunkt unserer internationalen Politik. Zum Thema Demokratie fehlt allerdings ein konkretes Projekt. Diese Lücke versucht dieser Antrag zu schließen. Mit Joe Biden’s Initiative für ein “Summit for Democracy” im Dezember/Januar wird das Thema internationale Zusammenarbeit für Demokratie in den nächsten Monaten an Bedeutung gewinnen. Der Antrag skizziert grüne Eckpunkte für eine solche Kooperation. Wir wollen Menschenrechte und Demokratie stärken ohne in die binäre Logik des letzten Jahrhunderts zurück zu fallen. Die Amtszeit von Donald Trump hat gezeigt, dass selbst etablierte Demokratien nicht immun gegenüber illiberalen Rückschritten sind. Deswegen ist klar: Illiberalen und autokratischen Trends können Demokrat*innen in einer globalisierten Welt nur gemeinsamen entgegentreten.

weitere Antragsteller*innen

Andrej Ferdinand Novak (KV Forchheim); Kristina Jeromin (KV Wiesbaden); Sergey Lagodinsky (KV Berlin-Pankow); Marcel Ernst (KV Göttingen); Sebastian Stölting (KV Gütersloh); Dominik Lawetzky (KV Rheingau-Taunus); Felix Bleuel (KV Rheingau-Taunus); Timo Müller (KV Rheingau-Taunus); Peter Seel (KV Rheingau-Taunus); Ingo Henneberg (KV Freiburg); Melanie Müller (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Sonja Katharina Schiffers (KV Berlin-Mitte); Miriam Dahlke (KV Frankfurt); Tobias Balke (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Alexander König (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück); Bastian Hermisson (KV Berlin-Mitte); Anne Franke (KV Starnberg); Andrea Wörle (KV Duisburg); Tobias Bunde (KV Berlin-Pankow); Maurice Kuhn (KV Rhein-Pfalz)